Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Parr.
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 236 | Samstag, den 25. August | Jahrgang 1928

Endkampf in den U. S. A.

Die offizielle Annahmerede des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Smith konnte in keinem günstigeren Augenblick fallen. In jeder Beziehung waren die Positionen des republikanischen Regimes, gegen die die Demokratie ihre stärksten Stöße richteten, zermürbt, sodaß Smiths eigentlich nur die Früchte des vorangegangenen Kleinkrieges zu sammeln brauchte. Die Hauptpositionen dieser Art waren: Die Rüstungsfrage, die Monroe-Frage und die Alkoholfrage. Hinsichtlich der Rüstungsfrage hatte in den Tagen unmittelbar vor Smith's Annahmerede der Republikaner Butler, der Präsident der größten amerikanischen Universität und anerkanntermaßen einer der führenden Geister des Landes am wirksamsten vorgearbeitet. Er hatte erklärt, daß angesichts der Unterzeichnung des Kellog-Paktes das neue Marinebauprogramm ein Hohn gegen den Geist des Friedens sei und daß er und mit ihm Millionen von ernsten Republikanern nicht mehr in der Lage seien, dem Vertreter solcher Rüstungsprinzipien ihre Stimme zu geben. Das geheimnisvolle englisch-französische Flottenkompromiß kommt nun zwar den Republikanern in gewisser Beziehung zur Hilfe, aber es dürfte einer geschickten demokratischen Verteidigung nicht schwer fallen, nachzuweisen, daß eine positive Bedrohung der U. S. A. durch jenes Kompromiß nicht im entferntesten zu erwarten sei.

Was die Monroe-Frage betrifft, so hat ja der Versuch Costaricas, auf dem Wege über den Völkerbund, eine Klärung des Monroe-Begriffes herbeizuführen, in Washington peinlichste Verlegenheit verursacht. Dazu kam, daß unmittelbar nach diesem Streich der kleinen mittelamerikanischen Republik bekannt wurde, daß der Generalstab der nach Nicaragua entsandten amerikanischen Marinetruppen über dem Aufstandgebiete von Flugzeugen aus Aufrufe hatten abwerfen lassen, in denen für sofortige bedingungslose Ergebung den „Rebellen", d. h. also den Anhängern des liberalen nicaraguanischen Präsidentschaftskandidaten General Sandino, Generalamnestie und außerdem „Friede, Protektion und Prosperität" für das Land verheißen wurde. Man weiß ja allmählich zur Genüge, was amerikanische Protektion und durch sie herbeigeführte Prosperität für das Selbstbestimmungsrecht anderer Staaten, speziell mittelamerikanischer Staaten zu bedeuten hat. Und so kann man es begreifen, daß die Forderung Smith's, künftig jegliche Einmischung in die innere Angelegenheiten der lateinamerikanischen Staaten zu vermeiden, lebhaftes Echo findet, nachdem die äußere Politik der U. S. A. in dieser Hinsicht in den letzten Jahren so häufig Gegenstand heftigster Kritik im eigenen Lande und in aller Welt gewesen ist, daß der Begriff „Dollar-diplomatie" allmählich den denkbar fragwürdigsten Inhalt bekommen hat.

Am leichtesten hatte es Smith endlich in der Behandlung der die amerikanische öffentliche Meinung am heftigsten erregenden Frage der Prohibitionsgesetzgebung. Er brauchte nur an das Ergebnis zu erinnern, das eine, wie im Vorjahre, auch in diesem Jahre veranstaltete Rundfrage des protestantischen Episkopats der U. S. A. bei den protestantischen Geistlichen des Landes erzielt hatte. Es handelte sich dabei um Fragen nach der Wirkung der Prohibitionsgesetzgebung danach, ob die Prohibitionsgesetze bereits lange genug in Kraft gewesen seien, um die Bildung eines endgültigen und klaren Urteils über ihre Auswirkungen zu ermöglichen und schließlich um die Frage, ob eine Modifizierung der Prohibitionsgesetze angebracht erscheint. Diese letzte Frage wurde mit mehr als 1300 gegen 700 Stimmen bejaht und auch die Antworten auf die ersten beiden Fragen ergaben mit aller Deutlichkeit, daß von der Prohibitionsgesetzgebung kein Mensch mehr segensreiche Wirkungen erwarte, die man anfangs darauf gesetzt hatte. Es heißt in der Zusammenfassung, die das protestantische Episkopat dem Enquete-Ergebnis mit auf den Weg gibt, daß „die Zustände jetzt schlimmer seien, als vor Einführung der Prohibitionsgesetze, daß der Trunk inzwischen zu einem gesellschaftsfähigen Lasten avanciert sei und daß die Gesetze bewirkt hätten, daß man sich in erster Linie an stärkere und gefährlichere Alkoholika gewöhnt habe."

Sowohl das Ergebnis als solches, wie vor allen Dingen auch die Tatsache, daß es protestantischer Initiative entstammt, ist für die Wahlaussichten des Demokraten und Katholiken Smith von außerordentlicher Bedeutung. Er gewinnt auf diese Weise unzweifelhaft eine große Zahl von Wählern aus dem republikanischen Lager, die Protestanten und zugleich der Ueberzeugung sind, daß die Prohibition den Verderb für die öffentliche Moral und die Geltung der staatlichen Autorität bedeute. Außerdem entkräftet die Tatsache, daß Smith als Katholik hier in einer Front mit den maßgebenden Instanzen des Protestantismus kämpft, aller Wahrscheinlichkeit nach in sehr weitgehender Weise das Argument der Republikaner, daß man unmöglich einen Katholiken ins Weiße Haus schicken könne.

Betrachtet man endlich die in zwei aufsehenerregenden Fällen offenkundig gewordene Tendenz des Großkapitals, aus dem Lager der Republikaner — in dem es ja neuerdings wieder einmal überaus übel nach Petroleum-Skandalen riecht — auszubrechen, so ergibt sich, daß die Chancen Smith's in den letzten Wochen ungemein gewachsen sind. Das bedeutet zwar keineswegs schon die Entscheidung über den Wahlausgang, dürfte aber, falls diesmal doch noch die Republikaner siegen, sich bereits in stärkster Weise bei den während der nächsten Präsidentschaftsperiode fälligen Kongreßwahlen äußern und so den Boden dann wenigstens für die Präsidentschaftswahlen des Jahres 1932 zu Gunsten der Demokraten ebnen.

Das Genfer Rumpfparlament.

Ohne Stresemann und Chamberlain.

Am 29. August tritt der Völkerbundsrat zu seiner 51. Tagung zusammen. Unmittelbar anschließend daran, in den ersten Tagen des September, findet die diesjährige Volltagung des Völkerbundes statt und dann nach einer kurzen Pause wiederum eine Ratstagung: die 52. Eine Reihe von wichtigen Problemen stehen da zur Diskussion, an denen auch Deutschland lebhaft interessiert ist. Noch wichtiger hätten Unterhandlungen sein können, die außerhalb des Programms der Genfer Tagung zwischen den Locarnomännern wie üblich geführt werden sollen. Schon seit Monaten war die Oeffentlichkeit darauf vorbereitet, daß nunmehr, nachdem die Wahlen sowohl in Frankreich als auch in Deutschland vorüber sind, das Rheinlandproblem voll und ganz aufgerollt würde. Auch war die diesmalige Pause zwischen den Begegnungen der Außenminister der europäischen Großmächte größer als gewöhnlich. Manche glaubten vieles von einem persönlichen Kontakt erwarten zu können. Manche dagegen nahmen an, daß es vielleicht besser gewesen wäre, die besonders heiklen Probleme stillschweigend „reifen" zu lassen. Jedenfalls: man erwartete mit Spannung das Genfer Zusammentreffen.

Nun ist es anders gekommen. Zuerst hat Chamberlain abgesagt. Wegen einer plötzlich aufgetretenen Erkrankung. Dem englischen Außenminister folgte der deutsche, der von seiner schweren Krankheit im Frühjahr und von der anstrengenden Karlsbader Kur noch nicht ganz wiederhergestellt ist. Schon die Abwesenheit Chamberlains mußte eine Stockung in den Besprechungen wahrscheinlich machen. Die Abwesenheit Stresemanns macht diese Stockung zur Gewißheit. Die außenpolitischen Leiter der Locarnomächte haben vieles auf einen persönlichen Kontakt aufgebaut. Sie sind daher kaum ersetzbar. Die Persönlichkeit spielt in der heutigen Politik nach wie vor eine recht wichtige Rolle.

Werden wir durch die Absage Stresemanns bei den Tagungen in Genf viel verlieren? Es muß angenommen werden, daß manche Erwartungen, die an Genf geknüpft werden, überspannt waren. Vor allen Dingen betrifft das die Rheinlandräumung. Die Erkundigungen, die die Wilhelmstraße rechtzeitig in London, Paris und Rom eingeholt hat, und die sich auf die Aussichten Deutschlands in den Verhandlungen über das Rheinlandproblem bezogen haben, sind ungünstig ausgefallen. Doch können sich die Optimisten damit trösten, daß der Leiter der deutschen Außenpolitik nach Paris geht und dort die Gelegenheit wahrnehmen wird — soweit es erforderlich sein wird — um mit Briand und gar mit Poincaré Entscheidendes zu besprechen; alles weitere wird fast „mechanisch" ablaufen und daher den Stellvertretern Stresemanns überlassen werden können. In diesem Sinne, würden die Optimisten sagen, kann das Ausbleiben Stresemanns keine besonderen Folgen haben. Nur eines wird auch der unverbesserlichste Inhaber einer riesigen Brille zugeben müssen: eine Folge des Fernbleibens Stresemanns wird ein weiteres Abflauen der Locarnowelle sein. Aber vielleicht hätte dieses weitere Abflauen auch dann stattgehabt, wenn Stresemann nach Genf gefahren wäre....

★

Reichskanzler Müller Führer der deutschen Delegation.

✣ **Berlin**, 24. Aug. Das Reichskabinett hat sich in seiner heutigen Sitzung dahin entschieden, daß für den durch seinen Gesundheitszustand bedauerlicher Weise noch behinderten Reichsminister des Auswärtigen der Reichskanzler selbst die Führung der deutschen Delegation für die diesjährige Völkerbundsversammlung in Genf übernehmen wird. Der Reichskanzler beabsichtigt, zur Eröffnung der Völkerbundsversammlung, die am 3. September stattfindet, in Genf einzutreffen. Die Dauer seines dortigen Aufenthaltes wird von dem Verlauf der Tagung abhängen.

In politischen Kreisen wird Wert auf die Feststellung gelegt, daß die Entschließung des Reichskanzlers, selbst nach Genf zu fahren, nicht in erster Linie auf die Frage der Rheinlandräumung zurückgeht. Zwar wird Reichskanzler Müller den Außenminister auch bei den Besprechungen vertreten, die, wie jedesmal, so auch zweifellos jetzt neben den eigentlichen Völkerbundssitzungen stattfinden werden. Vor allem aber fährt der Kanzler wegen des Völkerbundes selbst nach Genf, weil das deutsche Volk in einer so großen und wichtigen Versammlung, an der die hervorragendsten Führer des Auslands teilnehmen, ebenfalls durch einen verantwortlichen Staatsmann vertreten sein muß. Das gebietet, nach der Auffassung politischer Kreise, auch schon die Rücksicht auf kleinere Staaten, mit denen wir zusammenarbeiten, und die bekanntlich immer großen Wert auf die Beschickung des Völkerbundes durch die sogenannten „Großen" legen.

★

Stresemanns Reise nach Paris.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 24. Aug. (Drahtb.) Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird, wie nunmehr feststeht, am Samstag abend in Begleitung seines Arztes, Professor Zondeck, die Reise nach Paris zur Unterzeichnung des Kelloggpaktes antreten. In Paris wird Stresemann wahrscheinlich nur zwei bis drei Tage bleiben. Doch sind endgültige Dispositionen hierüber noch nicht getroffen. Im Anschluß an den Pariser Aufenthalt wird der Außenminister voraussichtlich seinen zweiten Erholungsurlaub antreten, wozu ihm die Aerzte dringend geraten haben. Wahrscheinlich wird Stresemann diesen Erholungsurlaub in Baden-Baden verbringen. Jedenfalls dürfte Dr. Stresemann kaum vor Oktober seine Arbeiten im Auswärtigen Amt wieder aufnehmen.

Der Kriegsanleihebetrug.

Hugo Stinnes jun. schwer belastet?

In der Kriegsanleiheschiebungsaffäre sind noch zwei Düsseldorfer Bankiers verhaftet und nach Berlin in das Moabiter Untersuchungsgefängnis übergeführt worden. Durch die Aussagen der jetzt verhafteten Personen soll Hugo Stinnes jun., wie nach dem „B. T." behauptet wird, sehr schwer belastet sein. Es soll angeblich so gut wie sicher sein, daß er an den Schiebungen, die darin bestanden, Kriegsanleihe-Neubesitz als Altbesitz zu deklarieren und bei den zuständigen Behörden anzumelden, beteiligt war, daß er die Waldowschen Geschäfte finanziert und seinen Geschäftsführer mit der Durchführung der betrügerischen Transaktionen beauftragt hat.

Hugo Stinnes war vor mehreren Wochen, kurz nach der Verhaftung seines früheren Sekretärs von Waldow, ins Ausland gereist. Wie es heißt, soll er heute oder morgen nach Hamburg zurückkehren.

★

Er ist in Mülheim.

+ **Berlin**, 24. August.

= **Mülheim-Ruhr**, 24. August. Hugo Stinnes jr. hat entgegen obiger Meldung Deutschland seit der Verhaftung seines Sekretärs von Waldow nicht verlassen. Er ist von Mülheim vor einigen Tagen nach Hamburg gefahren, hat sich dort bis zum gestrigen Tage aufgehalten und ist gestern nach Mülheim zurückgekehrt, wo er sich auch jetzt noch befinde. Von einer Vernehmung von Hugo Stinnes jr. ist bis jetzt nichts bekannt geworden.

★

Ein wichtiger Briefwechsel.

✣ **Berlin**, 24. Aug. In der Kriegsanleihebetrugssache veröffentlichen die Blätter eine Erklärung der Berliner amtlichen Justizpressestelle, in der betont wird, daß die Ermittelungen deswegen außerordentlich erschwert sind, weil die Altbesitzanmeldungen im Ausland vorgenommen worden sind. Durch die in Hamburg geglückte Auffindung und Beschlagnahme eines wichtigen Briefwechsels sei es gelungen, ein gewisses Licht in die Angelegenheit zu bringen. Soweit die bisherigen Ermittelungen ergeben hätten, seien Schädigungen des Reiches durch die betrügerischen Anmeldungen nicht eingetreten, weil die Fälschungen durch die deutschen Anmeldestellen im Ausland noch rechtzeitig erkannt worden seien. Von den Verhaftungen, die in der Angelegenheit letzthin in Düsseldorf erfolgt sein sollen, ist der Justizpressestelle nichts bekannt. „Berliner Tageblatt" und „Achtuhrabendblatt" beschäftigen sich weiterhin mit der Rolle, die Hugo Stinnes jun. in der Angelegenheit gespielt haben soll. Beide Blätter behaupten, daß Hugo Stinnes jun. in zweimaliger Vernehmung, die in Berlin vor dem Untersuchungsrichter stattgefunden haben, zugegeben habe, daß er die Geschäfte des Herrn von Waldow und späterhin diejenigen des verhafteten Geschäftsführers seiner Hamburger Firma finanziert habe. Inwieweit er allerdings von den betrügerischen Manipulationen Waldows und des Geschäftsführers Kenntnis gehabt habe, habe bisher nicht festgestellt werden können.

★

Der Fall Carbone.

◆ **Berlin**, 24. Aug. In der Angelegenheit Carbone sind durch verschiedene deutsche Zeitungen in den letzten Tagen Mitteilungen gegangen, die sich auch mit der Person des Justizrats Dr. Bollert beschäftigen. Dieser teilt uns mit, daß die Angelegenheit sich vollständig anders verhalte. Richtig sei nur, daß er zeitweilig als Geschäftsführer der Investing Corporation tätig gewesen sei, die inzwischen ihre Tätigkeit eingestellt hat. Unrichtig sei, daß er mit Herrn Carbone und Herrn Justus die Investing gegründet hätte. Der bei den Registerakten in Berlin Mitte befindliche Gesellschaftsvertrag ergebe die völlige Haltlosigkeit dieser Behauptung. Weder er noch Herr Carbone seien jemals Gründer oder Gesellschafter der Investing gewesen. Daß er 900000 Reichsmark Akzepte der Liechtensteinbank verwahrt habe, sei der Bank wiederholt mitgeteilt worden, ohne daß sie eine Verfügung darüber getroffen hätte. Die Papiere brauchten daher gar nicht beschlagnahmt zu werden. Von der ganzen Angelegenheit bleibe nur so viel über, daß Dr. Bollert am 22. August 1928 seine Aussagen als Zeuge in dieser Sache an die Polizei abgeschickt und dabei aus eigener Entschließung die bei ihm liegenden wertlos gewordenen Akzepte beigefügt habe, da er sie nicht länger verwahren wollte.

★

Verhaftungen in der St. Ingberter Sparkassenangelegenheit.

✕ **St. Ingbert**, 24. Aug. In der St. Ingberter Sparkassenangelegenheit wurden heute Finanzrat Pircher und Verwaltungsinspektor Umlor verhaftet. Eine Reihe weiterer Verhaftungen steht bevor. — In dem amtlichen Bericht der Stadtverwaltung von St. Ingbert war die Höhe der Verpflichtungen der Stadtsparkasse mit 6,8 Millionen Mark angegeben. Demgegenüber ist festzustellen, daß die Zahl sich dauernd verändert, da ständig neue Forderungen bekannt werden, die in den Ziffern gar nicht enthalten sind. Man spricht bereits von rund 8 Millionen Mark, von denen mindestens 4 Millionen uneinbringbar seien. Bei der Kreditgewährung handelt es sich in der Hauptsache um ein und dieselbe St. Ingberter Firma, die auch in Heidelberg eine Filiale unterhält und merkwürdigerweise in den Büchern unter fünf verschiedenen Namen geführt wird. Durch den Zusammenbruch der Sparkasse ist bereits eine völlige Lähmung des wirtschaftlichen Lebens der Stadt eingetreten. Die Stadt selbst hat sich genötigt gesehen, eine Reihe von Arbeiten einzustellen. Auch die privaten Bauarbeiten sind eingestellt worden.

Errichtung einer katholischen Lehrerakademie in Beuthen.

Breslau, 23. Aug. Wie die „Schlesische Volkszeitung" meldet, ist nach einer vom Kultusministerium heute eingegangenen Nachricht nunmehr endgültig entschieden, daß die für den Osten des Reiches in Aussicht genommene neue pädagogische Lehrakademie ihren Sitz in Beuthen haben wird. Die neue Akademie soll katholischen Charakter erhalten, sodaß neben den beiden evangelischen in Elbing und Kiel, der simultanen in Frankfurt a. M. zwei katholische Akademien in Preußen vorhanden sein werden, nämlich die in Bonn und die in Beuthen. Das Blatt betont, daß die Einrichtung der Akademie in der äußersten Südostecke des Reiches ein kulturelles Ereignis ersten Ranges sei, zumal dadurch ein Gegengewicht gegen die polnische Akademie erreicht werde, die nach den letzten Nachrichten ihre Unterkunft in Kattowitz erhalten soll.

Der Ausbau der Eisenbahnlinien im Rhein-Ruhr-Bezirk.

)(**Berlin**, 24. Aug. Für den viergleisigen Ausbau der Strecke Köln—Düsseldorf—Duisburg wurden am Mittwoch für die Stadt Düsseldorf 15 Millionen Mark bewilligt. Die Bewilligung dieser Summe steht im Zusammenhang mit dem von der Deutschen Reichsbahngesellschaft im Herbst vorigen Jahres beschlossenen Ausbau des Eisenbahnnetzes im Rhein-Ruhrbezirk auf drei- bezw. viergleisigen Betrieb. Zur Durchführung dieses Projektes sind 400 Millionen Mark vorgesehen, die sich auf acht Jahre verteilen sollen. Die Arbeiten sind bereits seit dem Winter im Gange und sollen sich zwecks Einführung eines Schnellbahnverkehrs bis Hamm ausdehnen.

Rücktritt des Vizepräsidenten Bach vom Reichsentschädigungsamt.

)(**Berlin**, 24. Aug. Einer hiesigen Korrespondenz zufolge ist der Vizepräsident des Reichsentschädigungsamtes, Bach, vor einigen Tagen aus Gesundheitsrücksichten aus dem Amte geschieden. Ein Herzleiden, das sich Vizepräsident Bach während seines Aufenthaltes in den Tropen zugezogen hatte, hatte sich in letzter Zeit verschlimmert, sodaß Vizepräsident Bach auf Anraten seiner Aerzte sein Amt niederlegte. Vor einigen Monaten wurde, wie erinnerlich, Vizepräsident Bach von dem Farmer Langkopp im Reichsentschädigungsamt überfallen und mit dem Tode bedroht. Auch von anderen Geschädigten waren ihm bis vor kurzem Drohungen zugegangen.

Die Regierungsbildung in Thüringen.

O **Weimar, 24. Aug.** Landtagspräsident Leber erteilte heute dem demokratischen Abgeordneten Professor Dr. Krüger den Auftrag zur Regierungsbildung. Professor Krüger, ehemaliger Professor an der Technischen Hochschule in Hannover und jetziger Bibliotheksdirektor in Altenburg, wird die Verhandlungen mit dem Ziel der Bildung einer großen Koalition aufnehmen.

Der Fürst zu Wied und der albanische Thron.

:=: **Berlin, 24. August.** Die Berliner Vertretung der „Associated Preß" hat den Fürsten zu Wied gebeten, sich zu den englischen Meldungen zu äußern, wonach er erneut Ansprüche auf den albanischen Thron angemeldet haben sollte. Darauf ist folgendes Antworttelegramm eingegangen:

„Fürst Wilhelm hat 1914 Albanien unter Wahrung aller seiner Rechte verlassen. Er hält für sich und seine Nachkommen alle Ansprüche auf den Thron auch jetzt noch aufrecht, trotz der persönlichen Königswünsche Achmed Zogus. Die Mehrheit des albanischen Volkes erkennt auch jetzt noch den Fürsten an. Für seine Rückkehr ist aber eine freie unbeeinflußte Abstimmung zur Zeit unmöglich. Frei von persönlichem Ehrgeiz, nur das Wohl des albanischen Volkes im Auge, will der Fürst jetzt äußere und innere politische Schwierigkeiten vermeiden; er wartet den kommenden richtigen Zeitpunkt ab.

Ungarisch-rumänischer Notenwechsel zum Optantenstreit.

● **Budapest, 23. Aug.** In einer an die ungarische Regierung gerichteten Note hatte die rumänische Regierung die jüngsten konkreten Vorschläge Ungarns zur Lösung des Optantenstreites als ungeeignet für die Herbeiführung einer Annäherung bezeichnet. Der Vorschlag Titulescus vom 8. Juni, so führt die Note aus, stellt die äußerste Grenze der rumänischen Zugeständnisse dar. Von den drei konkreten Vorschlägen der ungarischen Regierung seien die beiden ersten Punkte aus prinzipiellen Gründen abzulehnen. Lediglich der Vorschlag über die praktische Entschädigung könne den Gegenstand eines Gedankenaustausches bilden. Die ungarische Regierung hat diese Note heute beantwortet. In der ungarischen Note wird erklärt, daß die Haltung der rumänischen Regierung den Zusammentritt von Unterhändlern der beiden Länder unmöglich mache. Auf wichtige Punkte des ungarischen Vorschlages, wie z. B. auf die Mitwirkung eines neutralen Mitgliedes sowie des Finanzausschusses des Völkerbundsrates, ferner den Termin einer außergerichtlichen Regelung, habe sie gar nicht geantwortet. Demgegenüber lege die rumänische Note bloß auf einen Punkt Gewicht, nämlich daß die Entschädigung der Optanten mit der Frage der ungarischen Wiedergutmachungs-Verpflichtungen in Verbindung gebracht werden solle. Die ungarische Regierung könne jedoch nicht, wie sie bereits früher dargelegt habe, die Lasten für Zahlungsverpflichtungen übernehmen, die Rumänen nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages aus eigenem Entschluß dritten Personen gegenüber eingegangen ist, mögen die Personen auch ungarische Staatsbürger sein. Die ungarische Regierung bedauere, daß sie, nachdem ihr der Weg einer friedlichen Regelung verwehrt wird, genötigt sei, den Kampf auf der rechtlichen Basis fortzusetzen, wie sie im Friedensvertrage ursprünglich vorgesehen sei.

Trotzki – der Kleinbürger.

— **Kowno, 24. Aug.** Nach Moskauer Meldungen wurde in der Donnerstag-Sitzung der Kommunistischen Internationals die Frage der Opposition und ihr Einwirken auf die einzelnen Sektionen der Komintern zur Sprache gebracht. Manuilski, Mitglied des Zentralvollzugsausschusses der Partei, berichtet eingehend über die Lehren Trotzkis und schilderte die Gegensätze, die sich zwischen Trotzki und Lenin ergeben haben. Danach habe Lenin, so behaupte Trotzki, seine Fehler zugegeben und sei zu ihm gekommen, um ihm gegenüber die gemachten Fehlgriffe zu bekennen. Die Partei könne sich nicht mit Leuten auf eine Stufe stellen oder sie auch nur in ihrer Mitte dulden, die Tatsachen leugneten. Trotzki sei auch heute noch der Auffassung, daß ein sozialistischer Staat ohne die Weltrevolution nicht bestehen könne, während das Bestehen der Sowjetunion über elf Jahre doch ausreichender Beweis für normale Menschen sein müßte, daß der sozialistische Staat nötigenfalls auch ohne Weltrevolution, so gern sie auch gewünscht werde, bestehen könne und bestehe. Mit dieser Auffassung habe Trotzki die kleinbürgerliche Einstellung seiner Gedankengänge bewiesen, die ihn immer wieder in das Lager der Bourgeoisie zurückführe. In der Freitag-Abendsitzung, die wieder unter dem Vorsitz Bela Khuns abgehalten wird, werden die Aussprachen über die Opposition und ihr Programm fortgeführt werden.

Kleine politische Nachrichten.

Polizeikommissar Bauer freigelassen.

)(**Landau, 24. Aug.** Polizeikommissar Bauer wurde heute früh um 8,30 Uhr aus der Haft entlassen. Polizeikommissar Bauer begibt sich von hier nach Mannheim.

Die Erweiterung der britischen Besatzungszone.

:: **Berlin, 24. Aug.** Die Meldung über eine Erweiterung der britischen Besatzungszone durch Einbeziehung des Gebietes von Erbenheim eilt den Tatsachen voraus. Es sind wohl Verhandlungen zwischen der britischen und französischen Besatzungsbehörde eingeleitet, jedoch ist noch kein Abschluß erfolgt.

Protestkundgebung französischer Reservisten.

¶ **Paris, 24. Aug.** Die kommunistische „Humanité" berichtet, daß im Reservistenlager von Bitsch 500 Reservisten gegen die Verhaftung aktiv dienender Kameraden durch Absingen der Internationale protestierten. Als ein aktiver Soldat während der Kundgebung ins Gefängnis geführt wurde, zogen sie vor das Gefängnis und setzten die Freilassung des Soldaten durch. Daraufhin seien bewaffnete aktive Truppen des gleichen Regiments gegen sie aufgeboten worden. Die Soldaten seien aber trotz erhaltenen Befehls nicht gegen ihre Reservistenkameraden vorgegangen.

Brand eines spanischen Munitionsdepots.

● **Madrid, 24. Aug.** Wie aus Spanisch-Marokko gemeldet wird, brach gestern auf der Insel Alhucemas in unmittelbarer Nähe der Munitionsdepots, wo große Massen von Explosivstoffen aufbewahrt werden, ein Brand aus, der sich auf die Magazine auszudehnen drohte. Unter der Bevölkerung brach eine Panik aus. Der Lärm verschiedener Detonationen veranlaßte zahlreiche Anwohner, sich ins Meer zu werfen, um sich so zu retten. Es gelang, die Löscharbeiten unter Mithilfe der Besatzungen von in der Alhucemasbay vor Anker liegenden Schiffen so zu beschleunigen, daß der Brand lokalisiert und eine Katastrophe vermieden werden konnte. Bei den Löscharbeiten wurde ein Soldat schwer, ein anderer leicht verletzt. Als Vorsichtsmaßregel wurde angeordnet, daß die Zivilbevölkerung den Ort räumt und nach Villa San Jurjo übersiedelt.

Der Geist des Unfriedens.

Die „deutsche Gefahr".

⊙ **Brüssel, 23. Aug.** Während der Aussprache über die Militärvorlagen in der belgischen Kammer hielt Kriegsminister Graf de Broqville eine Rede, in der er, wie schon früher, auf die Notwendigkeit hinwies, Belgien gegen einen deutschen Angriff zu schützen. Die Ausmessungen für die Verteidigungsanlagen seien bereits vorgenommen worden. Nach der Räumung des Rheinlandes würden die belgischen Garnisonen an der Ostgrenze 30 000 Mann betragen, die sich auf wirksames Verteidigungsmaterial stützen könnten. Diese Streitkräfte beständen aus einem Regiment Kavallerie, einem Regiment Radfahrer, fünf Regimentern Infanterie mit 50 Maschinengewehrkompagnien, einem Pionierregiment und der Festungsartillerie in Lüttich. Diejenigen, die sagten, die Mittel für die Landesverteidigung seien überflüssig, denn alles werde durch den Luftkrieg zerstört werden, täuschten sich. Im Augenblick sei das wichtigste für Belgien, den ersten deutschen Angriff aufhalten zu können. Die Reichswehr werde im Kriegsfall durch Reservistenformationen verdreifacht werden. Es seien jedoch Maßregeln ergriffen, daß französische Truppen bei der Verteidigung der belgischen Ostgrenze mitwirkten. Das widerspreche nicht dem Locarnovertrage. Der Kriegsminister kam dann auf den Luftkrieg zu sprechen, auf den sich Belgien durch Anschaffung von Gasmasken vorbereiten müsse. Belgien treffe Maßnahmen, um im Verein mit den alliierten Luftflotten den Kampf gegen die deutsche Luftflotte aufnehmen zu können. Im Augenblick fehlten Deutschland allerdings die Kampf- und Bombenflugzeuge und es würde aus einem Kampf mit den alliierten Luftflotten nicht siegreich hervorgehen. Trotzdem treffe die belgische Regierung Maßnahmen, um die größten Städte und die industriellen Unternehmungen mit Schutzgerät gegen Gasangriffe zu versehen.

*

Frankreich und die Rheinlandbesatzung.

Paris, 24. Aug. Zwei Blätter besprechen die Beschlüsse des gestrigen Ministerrates, besonders auch hinsichtlich der anläßlich der Unterzeichnung des Antikriegspaktes zu führenden Verhandlungen zwischen den in Paris anwesenden Staatsmännern. „Petit Parisien" schreibt: Selbstverständlich dürfen die Vertreter der 15 unterzeichnenden Mächte am Montag kein anderes Problem erörtern als den Antikriegspakt selbst. Aber es scheint schwierig, wenn nicht sogar unmöglich, die Staatsmänner daran zu hindern, vor oder nach der Unterzeichnungszeremonie über Fragen zu sprechen, deren Lösung in erster Linie die öffentliche Meinung ihrer Länder interessiert. Stresemann soll am Sonntag eine Unterredung mit Briand und am Montag vormittag eine Unterredung mit Poincaré haben. Jedermann weiß, daß der Reichsaußenminister glücklich wäre, eine neue Prüfung der Frage der Rheinlandbesetzung vornehmen zu lassen. Die Besetzung des Rheinlandes bildet ein Unterpfand, das nicht ohne eine kompensatorische Garantie hinsichtlich des Dawesplanes hergegeben werden kann. Ueberdies ist die französische Regierung stets der Ansicht gewesen, daß das Besetzungsproblem nicht ein ausschließlich französisches, sondern ein interalliiertes ist. Das Exposé Briands macht auch Anspielungen auf die anderen europäischen Probleme, die in die Besprechung gezogen werden könnten; namentlich den Anschluß. Alle Minister sind aufgefordert worden, ihre Ansicht zu äußern; alle, ohne Ausnahme, haben Briand dem Sinne nach zugestimmt und seine Auffassung einstimmig gebilligt, keiner hat einen Vorbehalt gemacht. Das ist ein unbestreitbarer Erfolg für Briand, besonders wenn man vergleichsweise an den Ministerrat denkt, der auf Thoiry folgte. — Das „Echo de Paris" setzt am Freitag seinen Kampf gegen die Rheinlandräumung fort. Für die Aufrechterhaltung der französischen Besetzung führt das Blatt dabei in erster Linie die Unmöglichkeit an, das Rheinlandpfand gegen eine andere wirkliche Sicherheit einzutauschen. Man dürfe sich über die Wirksamkeit eines Kontrollsystems, das nach der Räumung bis zum Jahre 1935 vorgesehen sei, keinen Trugschlüssen hingeben. Die interalliierten militärischen Kontrollmissionen hätten nur eine scheinbare Abrüstung erreicht. Damit eine Rheinlandkontrolle wirklich nutzbringend sei, müsse sie in der Lage sein, nicht nur zu benachrichtigen und zu warnen, sondern nötigenfalls auch Maßnahmen zur Sicherung zu ergreifen, obwohl nach Zerstörung der Rheinbrücken ohne sie ein deutscher Einfall nicht möglich sei. Ohne Sicherheiten gegen einen Angriff Deutschlands dürfe eine vorzeitige Räumung nicht erfolgen. Trotz der Bemühungen Genfs und anderer Stellen sei in dieser Richtung noch nichts geschehen. Seit 1919 habe die deutsche Gefahr ständig zugenommen. Es sei Deutschland gelungen, eine Armee zu bilden, mit der man unbedingt in Europa rechnen müsse. Seine industrielle Ueberlegenheit, sein Volksreichtum, seine moralischen Kräfte und sein Kriegspotential würden es ihm ermöglichen, nach einigen Wochen der Vorbereitung einen noch fürchterlicheren Krieg als im Jahre 1914 zu entfesseln. Zum Schluß führt das Blatt als weitere Argumente für die Fortdauer der Besetzung die angebliche Gefährdung Polens und die Anschlußfrage an.

*

Verdrehung der Tatsachen.

)(**Berlin, 24. Aug.** In Berliner politischen Kreisen hat das von der Agentur Havas verbreitete politische Kommuniqué, das im Anschluß an das amtliche Kommuniqué über die am Donnerstag stattgefundene französische Ministerratssitzung veröffentlicht wurde, nicht geringes Erstaunen verursacht. Besonders der Hinweis auf die Erklärung des englischen Außenministers im Unterhause, wonach die Bedingungen für die Räumung des Rheinlandes Gegenstand einer vorherigen Verständigung zwischen den Besatzungsmächten, d. h. England, Belgien und Frankreich bilden müßten, wird viel besprochen. Allgemein herrscht indessen die Ansicht vor, daß England das tun werde, was Frankreich vorschlage. Der Hinweis, daß, als Stresemann die Räumungsfrage in seiner Unterhaltung in Thoiry aufgeworfen habe, er zu verstehen gegeben habe, daß das Reich geneigt sei, gewisse Vorschläge zu machen, um die vorzeitige Räumung des Rheinlandes zu erhalten, wird in diesem Zusammenhang als eine völlige Verdrehung der Tatsachen bezeichnet. Seit Thoiry, so wird erklärt, habe sich die Lage grundsätzlich geändert, da Frankreich nach der Stabilisierung des Franken naturgemäß kein Interesse mehr an den damaligen Anregungen habe. Von französischer Seite sei ferner erklärt worden, daß bei der Unterzeichnung des Kelloggpaktes keine Zeit für die Erörterung der Rheinlandfrage vorhanden sei. Demgegenüber müsse darauf hingewiesen werden, daß von deutscher Seite nie der Vorschlag gemacht worden sei, die Frage im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Kelloggpaktes zu erörtern, daß sich aber dennoch in Paris Gelegenheit bieten werde, das Räumungsproblem aufzurollen. Unergründlich ist in Berlin auch, wie das Reuter-Büro dazu kommt, gerade im jetzigen Augenblick die schon längst bekannte Tatsache erneut zu melden, daß Stresemann bei seiner Zusammenkunft mit Poincaré die Räumungsfrage anschneiden werde.

Drahtlose Verbindung mit den Grönlandfliegern.

Sie bitten um schleunige Hilfe.

)(**Newyork, 24. August.** Radioamateure in Chicago und Toledo melden, sie hätten gestern abend in direkter Verbindung gestanden mit dem Flugzeug „Greater Rockford", der Flieger Hassell und Kramer. Der Amateur in Toledo erklärt, er habe 10 Minuten lang mit den Fliegern Nachrichten ausgetauscht auf einer Welle von 42 Meter Länge, obwohl die Wellenlänge des Apparates des verschollenen Flugzeuges 32,8 Meter beträgt. Nach diesen Nachrichten befinden sich die Flieger auf einer kleinen Insel 100 Meilen nördlich von Neufundland. Sie bäten dringend um jede mögliche Hilfe. Sie seien wohlauf. Auf die Frage nach nähere Einzelheiten, seien die Mitteilungen der Flieger unklar geworden. Der Amateur habe nur die Sätze auffangen können: „Wir haben seit gestern kein Fleisch gehabt. Wir haben die ganze Nacht versucht, mit irgendeiner Sation in Verbindung zu treten. Wir bitten die Hilfe zu beschleunigen."

*

Wegen schlechter Oelverteilung notgelandet.

:: **Washington, 24. Aug.** Der Küstenkutter „Marion" hat an der Küste Labradors keine Spur von der „Greater Rockford" festgestellt. Man hat jedoch auf dem Kutter den Funkspruch aus Grönland über eine angebliche Sichtung des Flugzeuges empfangen. — Der Polarforscher Mc. Millan meint, er sei überzeugt, daß die Hassel-Gruppe von an der Küste lebenden Eskimofischern oder Karibujägern gefunden werden würde. Ein Radioliebhaber in Chikago meldet, er habe einen Funkspruch aufgefangen, aus dem hervorgehe, Hassell sei gezwungen worden, Sonntag früh wegen schlechter Oelverteilung notzulanden.

*

Wahrscheinlich gerettet.

() **Kopenhagen, 24. Aug.** Nach den aus Grönland eintreffenden Meldungen darf damit gerechnet werden, daß die Flieger Hassell und Cramer gerettet sind und gefunden wurden. Die große Frage ist nur: ob sie den Landungsplatz bei Söndre-Strömfjord erreicht haben oder gar zu anderweitiger Landung gezwungen worden sind, als sie am Sonntag vormittag um 10,30 Uhr die kleine auf dem 63. Grad nördlicher Breite gelegene Siedlung Fiskenasset überflogen. Wahrscheinlich hatte Hassell, als er Fiskenasset überflog, genügend Benzin, um den Flug nach den Sondre-Strömfjord tiskieren zu können und hat darum eine 100 km südlich von Fiskenasset gelegene sandige Ebene, die für die Flieger sichtbar war und die Hassell also unter allen Umständen gesehen haben muß, zum Landungsplatz gewählt. Von dieser Sandebene nach der Siedlung Frederikshoab sind 80 Kilometer, so daß es einige Zeit beanspruchen wird, ehe die Verbindung mit den Fliegern hergestellt werden kann. Hassell ist mit vorzüglichen Karten versehen, und die Flieger können, wenn sie genügend Proviant oder Waffen zur Erlegung von Wildpret mit sich führen, auch aus eigener Kraft Frederikshaab erreichen.

*

Der Start der Junkersmaschine Levines.

:: **Dessau, 24. Aug.** Das Flugzeug M. 33 ist mit Bert Acosta, Levine, dem amerikanischen Piloten William Carney und dem Junkersmonteur Heyse um 15,31 Uhr glücklich nach London gestartet.

Der Start ging flott vonstatten. Bert Acosta, der die Maschine steuerte, bemerkte noch vor dem Start, daß das Flugzeug zu schwer belastet war. Er entschloß sich zur Abgabe von 500 l Brennstoff. Danach erhob sich der Apparat in kürzester Frist glatt vom Boden und erreichte sofort eine große Höhe, in der er in nordwestlicher Richtung davonflog. Die amerikanischen Flieger hatten durch die Eintragungen in das Gästebuch der Junkerswerke ihren herzlichsten Dank für die Gastfreundschaft in Dessau und ihrer Hochachtung vor dem übertragenden Werk von Professor Junkers zum Ausdruck gebracht. Ob sie ihre Absicht, heute noch London zu erreichen, verwirklichen können, ist zweifelhaft, da sie vermutlich von der hereinbrechenden Nacht vorzeitig erreicht werden. In diesem Falle dürften sie in Amsterdam eine Zwischenlandung vornehmen.

*

Rückkehr der italienischen Flieger aus Spitzbergen.

× **Bergen, 24. Aug.** Der Dampfer „Sogndal" ist mit dem italienischen Flugzeug „Marina I" und „S. 55" an Bord in Kingsbay eingetroffen. Der italienische Flieger „Maddalena", der den Flugzeugtransport begleitet, beabsichtigt, morgen mit dem Flugzeug „Marina I" zu starten, um, falls die Wetterbedingungen günstig sind, auf dem Luftwege nach Italien zurückzukehren. Auch der italienische Flieger Penzo wird in einigen Tagen erwartet. Er will mit dem Flugzeug „S. 55" nach Italien starten.

21 Tote bei einem Untergrundbahnunglück in Newyork.

— **Newyork, 24. Aug.** Während der Hauptverkehrszeit entgleiste im Zentrum Newyorks ein vollbesetzter Zug der Untergrundbahn. Bisher wurden 21 Tote und etwa 100 Verletzte festgestellt.

Sieben blinde Passagiere tödlich verunglückt.

● **Baltimore, 24. Aug.** Auf dem Dampfer „Steel Inventore", der aus Amerika eingetroffen war, wurde heute eine Räucherung mit Desinfektionsmitteln vorgenommen, da der Dampfer auf seiner Reise mehrere Häfen angelaufen hatte, wo Gelbfieber herrscht. Nach der Desinfektion fand man in verschiedenen Teilen des Kielraumes sieben Leichen und neun Personen auf, die schon halb erstickt waren und deren Zustand äußerst besorgniserregend war. Es handelt sich bei diesen 16 Personen um blinde Passagiere, die sich heimlich an Bord des Schiffes eingeschlichen und im Kielraum versteckt hatten, um auf diese Weise sich unerlaubt Eingang über die Grenzen der Vereinigten Staaten zu verschaffen.

Von Nah und Fern.

Neun Monate Gefängnis für einen bestechlichen Beamten.

:: **Berlin, 24. Aug.** Wegen Bestechung und Verrats von Amtsgeheimnissen aus eigennützigen Gründen wurde ein Steuerassistent an einem Berliner Finanzamt vom Schöffengericht zu neun Monaten Gefängnis verurteilt und ihm die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf zwei Jahre abgesprochen.

Doppelmord.

(:) **Sagan, 24. Aug.** In dem Dorfe Leuthen im hiesigen Kreise wurde ein hochbetagtes Ehepaar gestern mittag in seiner Wohnung ermordet aufgefunden. Es kommt als Täter der in dem Hause als landwirtschaftlicher Arbeiter beschäftigte 19jährige Fürsorgezögling Richard Schöpzel ermittelt, der die alten Leute nach einem Streit mit einem Futterstampfer erschlagen hat. Der Täter, ein geistesschwacher aber jähzorniger Mensch, hat die Tat eingestanden.

Zwei Tote bei einem Autounglück.

◆ **Prenslau (Uckermark), 24. August.** Infolge eines Federbruches stürzte auf der Chaussee von hier nach Güstrow ein Auto in den an dieser Stelle ungewöhnlich tiefen Chausseegraben. Die beiden Insassen, ein Ehepaar von Kracht aus Berlin, waren sofort tot. Der Wagen ist vollständig zertrümmert.

Zwei Bahnarbeiter vom Zuge getötet.

:: **Erfurt, 24. Aug.** Wie die Reichsbahndirektion mitteilt, wurden heute früh zwei bei der Bahnmeisterei Grimmenthal beschäftigte Arbeiter, die auf ihrem Wege zur Arbeit verbotenerweise ein Schienfahrrad benutzten, von einem Personenzug erfaßt und sofort getötet. Es herrschte starker Nebel.

Unheilvolles Spielzeug.

◆ **Bismarckhütte, 24. August.** Beim Versuch, einen Munitionskörper, den spielende Kinder am Schießstand gefunden hatten, zur Entzündung zu bringen, wurden einem Knaben, der den Sprengkörper in der Hand gehalten hatte, drei Finger abgerissen. Außerdem erlitt er schwere Brandwunden am Körper. Zwei weitere Knaben, zwei Brüder, wurden am Gesicht und an den Händen sowie an den Füßen schwer verwundet.

Verhaftung wegen Verdachts der Scheckfälschung.

() **Wien, 24. Aug.** Wie die Blätter melden, sind auf Veranlassung einer ausländischen Behörde heute ein angeblicher Varga mit Frau und sein Freund Eppstein, die vor etwa sechs Wochen nach Wien zugereist sind, unter dem Verdacht der Scheckfälschung hier verhaftet worden. Einige Blätter nehmen an, daß die Verhaftungen mit dem Fall Marchesini zusammenhängen, doch ist eine Bestätigung nicht zu erlangen, da die zuständigen Polizeistellen über die Angelegenheit noch tiefes Stillschweigen bewahren.

Umfangreiche Waldbrände.

!! **Paris, 24. August.** Durch Waldbrände, die vorgestern einsetzten und sich infolge des herrschenden Windes gestern stark ausbreiteten, sind, wie dem „Petit Parisien" aus Toulon gemeldet wird, Forstbestände nördlich von Toulon in 30 Klm. Länge und 10 Klm. Breite zerstört worden.

Verkehrsunglück.

◇ **Rom, 23. Aug.** In den engen Straßen des alten Rom in der Nähe des Vatikans stieß heute ein elektrischer Straßenbahnzug in voller Fahrt mit einem Lastauto zusammen. Die Fahrgäste wurden nur leicht verwundet, während der Führer schwer verletzt unter den Trümmern der Plattform hervorgezogen wurde.

Autounfall.

!=! **Rom, 23. August.** In der Nähe von Arezzo in Toskana stürzte ein Automobil einen 70 Meter hohen Abhang hinab. Von den vier Insassen wurden drei getötet.

Schweres Automobilunglück in Italien.

+ **Arezzo, 24. Aug.** Ein Automobil stürzte, als es in der Kurve einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Wagen ausweichen wollte, eine 70 Meter hohe Böschung hinab. Von den vier Insassen waren drei sofort tot, der vierte schwebt in Lebensgefahr.

Zehn Personen auf einer Farm ermordet.

(((**Grab Valley** (Kalifornien), 23. August. Ein auf einer Farm, nahe von Fairfield lebender Chinese, erwürgte gestern in einem Anfall von Geistesstörung seinen Arbeitgeber und mehrere Arbeitskollegen, im ganzen 10 Personen. Er wurde von der Polizei verhaftet.